

<b>Vorlage</b>		Vorlage-Nr:	FB 56/0051/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	06.04.2017
		Verfasser:	
<b>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 02.03.2017 – öffentlicher Teil</b>			
Beratungsfolge:			<b>TOP: 2</b>
Datum	Gremium	Kompetenz	
27.04.2017	SGA	Entscheidung	

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 02.03.2017 – öffentlicher Teil.

Prof. Dr. Sicking  
(Beigeordneter)

**Erläuterungen:**

keine

## N i e d e r s c h r i f t

### öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

6. April 2017

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 02.03.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

Anwesende:

Ratsfrau Rosa Höller-Radtke	als Vorsitzende
Ratsfrau Melanie Astrid Seufert	
Ratsfrau Uschi Brammertz	
Ratsherr Holger Brantin	
Ratsherr Hans Leo Deumens	
Ratsfrau Nathalie Hüllenkremer	
Ratsfrau Daniela Lucke	
Ratsherr Hans Müller	
Ratsherr Ralf Demmer	als Vertreter für Ratsherr Bruynswyck, Josef Hubert
Herr Frank Hansen	
Herr Lasse Klopstein	als Vertreter für Ratsfrau Begolli, Ellen

SGA/17/WP.17

Ausdruck vom: 06.04.2017

Seite: 1/17

Herr Gregor Palenberg

Frau Margret Roitzsch

Herr Rolf Schäfer

Frau Caline Strack

Frau Nadine-Dominique van der Meulen

als Vertreterin für Ratsherr Baskaya, Sait

Frau Marion Timm

Herr Georg Georgiadis

Ratsfrau Dr. Elisabeth Lassay

als Vertreterin für Frau Eickholt-Schippers, Anne

Abwesende:

Ratsfrau Ellen Begolli

entschuldigt

Ratsherr Josef Hubert Bruynswyck

entschuldigt

Ratsherr Sait Baskaya

entschuldigt

Frau Anne Eickholt-Schippers

entschuldigt

Herr Jürgen Amberg

entschuldigt

Herr Franz-Josef Marx

entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Prof. Dr. Sicking

Dez VI - Beigeordneter -

Herr Frankenberger

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - Fachbereichsleiter

Frau Daemen

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Kahlen-Kerenkiewitz

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Herr Heil

Fachbereich Recht und Versicherung

Herr Fagot

Dezernat VI

als Gäste:

Herr Rode

Altenheim St. Elisabeth

Frau Jelich

Suchthilfe Aachen

als Schriftführer:

Herr Bücken

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2016 – öffentlicher Teil**  
**Vorlage: FB 56/0029/WP17**
  
- 3 **Entwicklung altengerechter Quartiere - Fördermittelantrag**  
**Vorlage: FB 56/0032/WP17**
  
- 4 **Integriertes Spielhallenkonzept – Prävention und Beratung bei Spielsucht im Konzentrationsbereich**  
**Ratsantrag der Fraktion DIE LINKE Nr. 201/17 vom 13.09.2016**  
**Vorlage: FB 56/0033/WP17**
  
- 5 **Unterstützung für Drogenkranke. Sachstand Drogenkonsumraum**  
**Antrag zur Tagesordnung der Fraktion DIE LINKE vom 09.02.2017**  
**Vorlage: FB 56/0035/WP17**
  
- 6 **Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteiffonds**  
**Vorlage: FB 56/0036/WP17**
  
- 7 **Integration von Flüchtlingen – Maßnahmenplan zum Integrationsplan der Stadt Aachen**  
**Vorlage: FB 56/0028/WP17**
  
- 8 **Projekte zur Integration 2017 – Beschlussfassung über die Mittelverteilung**  
**Vorlage: FB 56/0023/WP17**

9 **Ziele und Kennzahlen 2018**  
**Vorlage: FB 56/0037/WP17**

10 **Verwendung eines noch zu erhaltenden, zweckgebundenen Vermögens im Rahmen der  
Mildtätigkeit aus einer Stiftungsliquidation**  
**Vorlage: FB 20/0098/WP17**

11 **Aktuelle Situation**  
a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt  
und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem  
SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG  
b) in den Übergangsheimen  
c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik  
**Vorlage: FB 56/0030/WP17**

12 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2016 – nichtöffentlicher Teil**  
**Vorlage: FB 56/0031/WP17**
  
- 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Öffentlicher Teil

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Höller-Radtke, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Gäste. Sie weist auf die Verschiebungen innerhalb der Tagesordnung durch den Nachtrag hin.

Herr Müller äußert sich zum Tagesordnungspunkt 10. Mit dem Beschlussvorschlag „a“ ist die CDU-Fraktion einverstanden. Der Beschlussvorschlag „b“ soll aufgrund der verspäteten Zusendung der Unterlagen auf eine der nächsten Sitzungen verschoben werden. Des Weiteren merkt Herr Müller an, dass über die Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteifonds nicht entschieden werden kann, da der Haushalt 2017 noch nicht genehmigt ist.

Frau Höller-Radtke schlägt vor, dass beim Tagesordnungspunkt 6 - Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteifonds - der Beschluss um den Passus „vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes“ erweitert werden kann.

Es werden keine weiteren Anmerkungen, Ergänzungen und/oder Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen.

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2016 – öffentlicher Teil**  
**Vorlage: FB 56/0029/WP17**

**Beschluss:**

Mit 3 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 08.12.2016 – öffentlicher Teil.



**zu 3 Entwicklung altengerechter Quartiere - Fördermittelantrag**

**Vorlage: FB 56/0032/WP17**

Frau Seufert findet das Projekt gut. Sie fragt, welche Maßnahmen zur Nachhaltigkeit geplant sind.

Herr Rode, der Einrichtungsleiter des AH St. Elisabeth, erläutert, dass momentan noch nicht abzusehen ist, welche Maßnahmen zur Nachhaltigkeit geplant werden. Es wird angestrebt, dass das Projekt zu einer Dauerleistung werden soll.

Frau van der Meulen möchte wissen, mit wem bei der Fachhochschule kooperiert wird.

Herr Rode erklärt, dass Frau Bley mit der Fachhochschule in Kontakt ist. Es ist angedacht, dass FachhochschülerInnen im Sommersemester 2017 eine Seminararbeit zum Projekt fertigen.

Frau Hüllenkremer merkt an, dass der Zuschuss für das Projekt maximal für 3 Jahre gewährt wird. Sie fragt nach, wie die Perspektiven nach 3 Jahren aussehen.

Frau Kahlen-Kerenkiewitz berichtet hierzu, dass das Land NRW erst im letzten Jahr den Altenförderplan beschlossen hat. Es gibt die Neuerung, dass die Kommunen für ein zweites Projekt Mittel beantragen können.

Herr Müller lobt das Projekt, das dem demographischen Wandel Rechnung trägt und den im Umfeld des Westparks lebenden Menschen zu Gute kommt. Die CDU-Fraktion unterstützt das Projekt.

Herr Hansen spricht die auf der Seite 9 der Vorlage genannten konkreten Zielsetzungen an. Er fragt, ob es schon Kontakte gibt und Anhaltspunkte, ob ein Feedback kommen kann.

Herr Rode erklärt, dass es schon einige Maßnahmen gibt, die im Rahmen der Vernetzung durchgeführt werden. Als Beispiel nennt er das Inklusionsprojekt des Vereins zur Förderung von Körper- und Mehrfachbehinderter. Es wird generell versucht, an bestehende Maßnahmen anzuknüpfen.

Herr Deumens schließt sich dem Lob von Herrn Müller an. Insbesondere im Hinblick darauf, dass es auch im Westviertel Menschen gibt, die unter Altersarmut leiden, begrüßt Herr Deumens dieses Projekt.

Herr Demmer legt dar, dass er die in der Vorlage festgelegte Beratungsfolge kritisch sieht. Die Bezirksvertretung Aachen – Mitte soll eine Empfehlung aussprechen, nachdem der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie bereits entschieden hat. Er empfiehlt der Verwaltung, die Beschluss- und Beratungsfolge einzuhalten.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte die Beantragung der Fördermittel für die altengerechte Entwicklung des Quartiers im Umfeld des Westparks.

**zu 4 Integriertes Spielhallenkonzept – Prävention und Beratung bei Spielsucht im Konzentrationsbereich**

**Ratsantrag der Fraktion DIE LINKE Nr. 201/17 vom 13.09.2016**

**Vorlage: FB 56/0033/WP17**

Frau Jelich stellt die Arbeit der Suchthilfe Aachen in Bezug auf Prävention und Beratung bei Spielsucht vor (Anlage 1).

Frau Höller-Radtke erläutert, dass das Thema „Suchtberatung“ im Zuständigkeitsbereich der StädteRegion Aachen liegt.

Herr Deumens bedankt sich bei Frau Jelich für die ausführlichen Informationen in ihrem Vortrag. Er erläutert, dass der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE im Rahmen des im Jahr 2016 beschlossenen Spielhallenkonzeptes eingebracht wurde. Herr Deumens verdeutlicht, dass eine noch stärkere räumliche Nähe der Beratungsstelle zu den Spielhallen und eine ortsnähere Beratung der Betroffenen sehr sinnvoll sind. 2 Teilzeitkräfte zur Beratung der betroffenen Menschen hält Herr Deumens für nicht ausreichend. Positiv findet er die Überlegungen der aufsuchenden Präventionsarbeit, insbesondere die Idee, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spielhallen zu schulen.

Ein Runder Tisch mit allen Akteuren ist auch sehr sachdienlich. Dieser muss allerdings durch die StädteRegion Aachen initiiert werden. Herr Deumens ist beeindruckt von den Leistungen, welche die Suchthilfe erbringt.

Herr Hansen bedankt sich bei Frau Jelich für den ausführlichen Vortrag. Er möchte wissen, ob die Betroffenen aus freien Stücken die Suchthilfe aufsuchen oder ob dies auf Drängen der Angehörigen geschieht. Des Weiteren fragt er, wie das Spielhallenpersonal geschult werden soll und ob es realistisch ist, wie das meist auf 400€ - Basis arbeitende Personal bei der Suchtprävention helfen soll.

Frau Jelich erläutert, dass die Betroffenen sowohl freiwillig, als auch auf Drängen der Angehörigen zur Beratung kommen. In vielen Fällen ist der berufliche und familiäre Druck Auslöser für das Aufsuchen der Suchtberatung. Die Angehörigenberatung hat daher auch einen hohen Stellenwert. Diese ist leider kein Dauerkonzept. Durch Spendengelder können die Angehörigenberatungen 2- bis 3-mal im Jahr angeboten werden.

Des Weiteren führt Frau Jelich aus, dass eine Schulung des Personals für die Spielhallenbetreiber im Grunde geschäftsschädigend ist. Die Spielhallenbetreiber sind trotzdem verpflichtet, eine 2 stündige Grundschulung mit dem Personal durchzuführen. Dieser Schulungsumfang ist ausbaufähig. In den Niederlanden wird zum Beispiel das Personal an 3 Tagen geschult. Dort funktioniert das System sehr gut. Ferner berichtet Frau Jelich, dass sich Spielsüchtige in Kasinos sperren lassen können. Dies ist in Spielhallen nicht möglich, da dort keine Einlasskontrollen stattfinden.

Herr Müller bedankt sich bei Frau Jelich für den Vortrag und bittet, dass der Powerpoint-Vortrag der Niederschrift als Anlage beigefügt wird. Er fragt, ob sich Betroffene, insbesondere Migranten, bei der Suchthilfe melden, die Probleme mit Geldeintreibern haben.

Frau Jelich berichtet, dass dieses Thema zu vernachlässigen ist. Sicher haben sich auch schon Betroffene bei der Suchthilfe gemeldet, die in diesem Bereich Probleme hatten. Häufiger kommt es vor, dass die Betroffenen späte Termine haben wollen, um nicht gesehen zu werden. Darauf wird soweit wie möglich eingegangen, um die Menschen zu schützen.

Herr Brantin bedankt sich für den Vortrag und das Engagement der Suchthilfe. Er fragt, wie häufig die im Vortrag genannten 130 Betroffenen Kontakt zur Suchthilfe aufnehmen. Zu den Ausführungen, dass 95 % der Betroffenen Männer sind, möchte Herr Brantin wissen, ob die Spielsucht ein männliches Problem ist oder ob sich Frauen nicht trauen die Beratung aufzusuchen.

Frau Jelich erläutert, dass viele der 130 Betroffenen längerfristig Kontakt mit der Beratungsstelle haben. Eine ambulante Therapie dauert in der Regel 9 bis 15 Monate. Eine stationäre Behandlung dauert ca. 4 Monate. Des weiteren berichtet Frau Jelich, dass es sich bei den 95 % der spielsüchtigen Männer um eine konkrete Zahl handelt. Es gibt auch spielsüchtige Frauen. Dies sind überwiegend ältere Damen, die die Beratungsstelle nicht aufsuchen und meist nicht erreicht werden können.

Frau Seufert bedankt sich für den Vortrag. Sie fragt, ob die Verwaltung zum Thema Spielsucht Kontakt zur StädteRegion aufnehmen kann.

Frau Höller-Radtke entgegnet, dass jede Fraktion VertreterInnen in der StädteRegion hat. Über diese VertreterInnen kann das Thema in die StädteRegion getragen werden.

Herr Deumens fragt, ob seitens der StädteRegion überwacht wird, dass die Spielhallenbetreiber eine Grundschulung des Personals durchführen.

Frau Jelich erläutert, dass die Überwachung nur mit einem großen Personalaufwand bewerkstelligt werden kann. Die Kontrolle macht Sinn, ist aber aufgrund des Personalmangels beim Fachbereich Sicherheit und Ordnung in der Praxis nicht möglich.

Frau Höller-Radtke schlägt vor, dass die Niederschrift an den Fachbereich Sicherheit und Ordnung weitergeleitet wird.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Der Ratsantrag der Fraktion „DIE LINKE“ im Rat der Stadt Aachen vom 13.09.2016 gilt als erledigt.

**zu 5 Unterstützung für Drogenkranke. Sachstand Drogenkonsumraum  
Antrag zur Tagesordnung der Fraktion DIE LINKE vom 09.02.2017  
Vorlage: FB 56/0035/WP17**

Frau Höller-Radtke bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Vorlage.

Herr Deumens erläutert, dass das Thema in den Aufgabenbereich der StädteRegion Aachen fällt, der Kaiserplatz sich aber in der Stadt Aachen befindet. Der Drogenkonsumraum wurde 2011 geschlossen. Wie einem Bericht in der Aachener Presse in der letzten Woche zu entnehmen war, führt der Drogenkonsum weg vom Heroin zum Kokain. Des Weiteren berichtet Herr Deumens, dass die Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums vor der Schließung reduziert wurden. In anderen Städten in NRW gibt es Drogenkonsumräume mit langen Öffnungszeiten und medizinischer Versorgung. Herr Deumens hält einen Drogenkonsumraum für sinnvoll und richtig. Die Suche nach einer Räumlichkeit ist leider gescheitert. Der Drogenkonsumraum sollte wieder geöffnet werden.

Herr Demmer stimmt Herrn Deumens nicht zu und weist auf die Zuständigkeit der StädteRegion Aachen hin. Es wurden niedrigschwellige Beratungsangebote für Abhängige geschaffen, die effektiver sind als ein Drogenkonsumraum. Konsumenten von Ecstasy oder anderen Drogen nutzen einen Drogenkonsumraum nicht.

SGA/17/WP.17

Ausdruck vom: 06.04.2017

Seite: 10/17

Frau Dr. Lassay führt aus, dass in der Vergangenheit sehr umfangreich über den Drogenkonsumraum diskutiert wurde. Es wurde festgestellt, dass die Anzahl der Betroffenen verschwindend gering ist, die auf einen Drogenkonsumraum angewiesen sind. Die Schließung des Drogenkonsumraumes war richtig, da ein solcher Raum in Aachen nicht benötigt wird. Die Anzahl der Menschen, die sich Drogen intravenös verabreichen, ist stark zurückgegangen. Wichtiger sind umfangreiche Beratungszeiten für Abhängige und die Arbeit der Streetworker.

Herr Deumens weist auf die Konzepte der Städte Troisdorf und Bottrop hin. Er richtet die Frage an die Verwaltung, ob die medizinische Basisversorgung in Aachen gesichert ist.

Herr Frankenberger kann dazu keine Auskunft erteilen und verweist auf die Zuständigkeit der StädteRegion Aachen.

Frau Jelich erläutert, dass es in Aachen eine medizinische Grundversorgung gibt. Die medizinische Ambulanz am Kaiserplatz ist an 5 Tagen in der Woche geöffnet. Ein Arzt und eine Krankenschwester sind vor Ort. In 2016 hat es keine Drogennotfälle mehr gegeben. Des Weiteren berichtet Frau Jelich, dass die 4 Spritzensammler immer weniger Spritzbestecke in der Öffentlichkeit finden. Dies ist eine gute Entwicklung. Der Konsum von Drogen findet mehr im privaten als im öffentlichen Bereich statt. Die medizinisch ambulante Versorgung an verschiedenen Standorten in der StädteRegion wurde nicht realisiert, da das normale Gesundheitssystem zur Versorgung ausreicht.

Frau van der Meulen erkundigt sich, ob man die Betroffenen befragt hat, ob sie einen Drogenkonsumraum wünschen und ein Bedarf vorhanden ist.

Frau Höller-Radtke erklärt, dass es Fachberatungsstellen gibt, an die sich die Betroffenen wenden können. An die Politik wurde kein Wunsch für einen Drogenkonsumraum gerichtet.

Frau Jelich berichtet, dass ein Student aus Maastricht eine Umfrage unter Konsumenten gemacht hat. Ergebnis ist, dass ein Drogenkonsumraum für die Betroffenen nicht wichtig ist. Wichtiger und gewünscht sind Freizeitangebote, Betreutes Wohnen und geschlechterspezifische Angebote.

Frau Höller-Radtke bedankt sich bei Frau Jelich für die umfangreichen Informationen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**zu 6 Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteiffonds**

**Vorlage: FB 56/0036/WP17**

Der Beschluss wird um den Zusatz „vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans 2017“ ergänzt.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte die Förderung des Projekts „Garten für Jung und Alt“ mit Bürgerbeteiligung aus Mitteln des Stadtteiffonds, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans 2017.

**zu 7 Integration von Flüchtlingen – Maßnahmenplan zum Integrationsplan der Stadt Aachen**

**Vorlage: FB 56/0028/WP17**

Frau Hüllenkremer bedankt sich, dass das Antragspaket der CDU- und SPD Fraktionen umgesetzt wurde. Im nächsten Schritt muss die Einbindung in das Integrationskonzept erfolgen.

Frau Seufert bedankt sich für die umfangreiche Vorlage und fragt, wie der Punkt 5.3 aus dem Maßnahmenplan umgesetzt wird.

Frau Ernst erklärt, dass der Verwaltung für diesen Punkt keine Mittel zur Verfügung stehen. Geplant ist, dass mit dem Frauennetzwerk ein Konzept entwickelt wird und die Maßnahme dort installiert wird. Die Fördermöglichkeiten werden überprüft.

Herr Deumens begrüßt den Maßnahmenplan und fragt, wann das Integrationskonzept verabschiedet wird.

Frau Ernst antwortet, dass es bis zur Verabschiedung des Konzeptes noch etwas dauern kann, da noch Fachgespräche geführt werden. Der Entwurf des Konzeptes soll demnächst im Integrationsrat und im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie vorgestellt werden.

Herr Frankenberger erläutert, dass ein Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung geplant ist. Am 23.03.2017, um 18.00 Uhr, findet in der Nadelfabrik ein Workshop zum Integrationskonzept mit den Mitgliedern des Integrationsrates und den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie statt. Mit der Einladung wird der Entwurf des Integrationskonzeptes zugesandt.

Herr Demmer berichtet, dass der Maßnahmenplan im Integrationsrat vorgestellt wurde. Der Maßnahmenplan wurde dort befürwortet.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beauftragt auf Empfehlung des Integrationsrates die Verwaltung zur Umsetzung der Maßnahmen unter 1.1, 1.3, 1.4, 3.1, 3.2, 5.3

**zu 8 Projekte zur Integration 2017 – Beschlussfassung über die Mittelverteilung**

**Vorlage: FB 56/0023/WP17**

Herr Demmer erläutert, dass im Integrationsrat über den Tag der Integration, der mit 25.000€ aus dem Budget des Integrationsrates finanziert wird, diskutiert wurde. Die Teilnahme ab dem Jahr 2018 ist zu überdenken.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Beschluss des Integrationsrates zu der Anlage 1 zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verwendung der Mittel aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/53180000 „Projekte zur Integration“ gem. der Anlage 1 unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans 2017 zu.

**zu 9 Ziele und Kennzahlen 2018**

**Vorlage: FB 56/0037/WP17**

Für das Produkt 050401 – Sozialversicherungsangelegenheiten liegt eine Tischvorlage mit Zielen und Kennzahlen sowie dem Produktblatt 2017 (Anlage 1) und eine Tischvorlage mit dem Produktblatt 2018 (Anlage 2) vor.

Frau Höller-Radtke lobt die Verwaltung für die gute Arbeit.

Der Beschluss erfolgt mit 2 Enthaltungen einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beauftragt die Verwaltung die genannten Ziele und Kennzahlen in die Produktblätter für die Haushaltsplanung 2018 ff einzuarbeiten.

**zu 10 Verwendung eines noch zu erhaltenden, zweckgebundenen Vermögens im Rahmen der Mildtätigkeit aus einer Stiftungsliquidation**

**Vorlage: FB 20/0098/WP17**

Frau Höller-Radtke verweist auf den Beschlussvorschlag (a). Der Beschlussvorschlag zu (b) wird aufgrund der verspäteten Zusendung der Unterlagen auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Frau Hüllenkremer möchte wissen, was der Stiftungszweck der Josef und Maria Rummeny-Stiftung war.

Herr Frankenberger erläutert, dass die Familie Rummeny Tuchfabrikanten waren. Die Stiftung verfolgte den Zweck, in Not geratene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tuchfabrik zu unterstützen. Der Stiftungszweck ist entfallen, da alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstorben sind.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung ein Verwendungskonzept zu erarbeiten, welches der Zweckbindung entspricht, sobald die Mittel zur Verfügung stehen.



**zu 11 Aktuelle Situation**

**a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG**

**b) in den Übergangsheimen**

**c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik**

**Vorlage: FB 56/0030/WP17**

Die Anlage 1, Aktuelle Situation bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, wird in einer korrigierten Fassung als Tischvorlage vorgelegt (Anlage 1).

Frau Strack bedankt sich, dass in der Statistik bei den Leistungsempfängern eine Unterscheidung zwischen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingefügt wurde.

Frau van der Meulen fragt, weshalb in der Statistik Seite 53, 20 Personen mehr eingetragen sind als in der Statistik auf Seite 54.

Herr Müller erläutert hierzu, dass die Statistik auf Seite 53 vom 31.01.2017 ist. Die Statistik auf Seite 54 ist vom 09.02.2017.

Frau Seufert beruft sich auf eine Pressemitteilung, in der geschildert wurde, dass es in dem Objekt Breiniger Str. 1 zu wenig Raum für zu viele Flüchtlinge gibt. Sie fragt, ob es Mietwucher gibt und welche Maßnahmen die Stadt trifft, um ein Ausnutzen der Notlage zu vermeiden.

Herr Frankenberger erläutert, dass es in dem Gebäude Breiniger Str. 1 keinen Grund zum Einschreiten nach dem Wohnungsgesetz gibt. Es gibt keine Überbelegungen. Das Jobcenter hat geprüft, ob die Miete im Rahmen ist. Von Mietwucher spricht man laut Strafgesetzbuch, wenn die Miete 50 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Da es sich hier um Hotelzimmer handelt, ist ein Vergleich mit dem Mietspiegel nicht möglich.

Herr Müller findet es gut, dass im vorliegenden Fall die Flüchtlinge Hilfe über Medien erhalten haben und die Situation schildern konnten. Mieter und Jobcenter müssen nach einer gemeinsamen Lösung suchen. Herr Müller hofft, dass der Vermieter ein Einsehen hat. Des Weiteren dankt er der Verwaltung, dass 6 Großfamilien in Einfamilienhäuser in der Breiniger Straße untergebracht konnten.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

- 16 -

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**zu 12 Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Höller-Radtke verweist auf die Tischvorlage zum Thema Sozial-Plattform (Anlage 1).

Herr Deumens erläutert, dass in der letzten Sitzung über den Sachstand der Gesundheitskarte berichtet wurde. Er fragt, ob es einen neuen Sachstand gibt.

Herr Frankenberger teilt mit, dass es keinen neuen Sachstand gibt. Sobald sich neue Fakten ergeben, wird die Verwaltung darüber berichten.